Kein Persilschein für Günther Metzger!

Jahrelang wurde der organisierte Rechtsextremismus von den meisten Politiker*innen* ignoriert, durch Einzeltäterlegenden verharmlost, stillschweigend geduldet, vor wütenden Protesten geschützt und sogar aktiv gefördert und begünstigt. Vokabeln faschistischer Ideologen wie 'Volksgemeinschaft', 'Rasse' oder 'nationale Identität' finden immer mehr Eingang in den Sprachgebrauch vieler einflußreicher Politiker.

Seit die Eskalation der rechtsextremistischen Gewalt zum Thema der internationalen Presse geworden ist und bei vielen Menschen in Deutschland Betroffenheit und Angst auslöst, versuchen dieselben Politiker immer wieder, sich an die Spitze der antifaschistischen Bewegung zu stellen. Gerade in Darmstadt ist es um die Glaubwürdigkeit und um die Integrität dieser Politiker bei ihrem Engagement schlecht bestellt.

Aus der 'antifaschistischen' Vergangenheit der Darmstädter SPD-Spitze:

1978/79: Die Stadt vermietet die Kongreßhalle im Luisencenter an die DVU des Dr. Gerhard FREY, dem Herausgeber der rechtsextremen 'NATIONALZEITUNG', für eine faschistische Großveranstaltung. Sprechen sollen neben FREY der in der Nazi-Szene als Kriegsheld verehrte Oberst Hans-Ulrich RUDEL und der bekannte englische Geschichtsrevisionist David IRVING, der bestreitet, daß in deutschen Konzentrationslagern Menschen vergast wurden. Vertragsbedingung von Seiten der Stadt ist, daß nicht öffentlich für diese Veranstaltung geworben wird (FR vom 4.12.78). Dem Magistrat ist also klar, mit wem man sich einläßt. Aufgrund öffentlichen Drucks wird die Veranstaltung kurzfristig untersagt, mit der Begründung, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sei. Um einen aufsehenerregenden Rechtsstreit und eine größere öffentliche Kritik zu vermeiden, zahlt die Stadt Darmstadt in einem außergerichtlichen Vergleich 30.000 DM an die DVU. Der Geheimvertrag ist der Öffentlichkeit bis heute nicht zugänglich.

1981: Die türkische faschistische MHP, besser bekannt unter dem Namen 'Graue Wölfe', will ihre Europa-Zentrale von Frankfurt in die Darmstädter Bleichstraße verlegen. Die Stadt schließt mit dem Auslands-Chef dieser bewaffneten Untergrundorganisation, Serdar CELEBI, einen Vertrag ab, der ihm Vorkaufsrechte für das gewünschte Grundstück zusicherte. Später wird CELEBI als Hintermann des Attentats auf den Papst in Italien zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt.

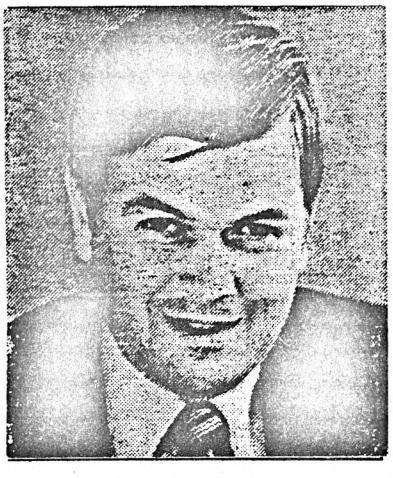
1979 bis 1984: Auf Einladung von OB Dr. Winfried SABAIS leben mehrere Roma-Familien mit insgesamt 50 Angehörigen in Darmstadt. Während einer mehrtägigen Urlaubs- und Verkaufsreise von ca. 30 Roma läßt die Stadt Darmstadt im August 1983 das von diesen in der Arheilger Straße bewohnte städtische Haus abreißen. Tags darauf kehren die Roma zurück. Sie müssen ihr Eigentum (Kleidung, Decken, Bilder, Geschirr, ein Marienaltar) aus den Trümmern zusammensuchen. Die Aktion war ohne Rückfragen bei den mit den Roma vertrauten Personen vom OB Günther METZGER angeordnet worden. Die Stadtverwaltung führt immer neue Gründe für den Abriß des Hauses an: Seuchengefahr, Baufälligkeit, "verkotete Räume" und die Vermutung, die Roma würden nicht zurückkehren. Vor der Stadtverordnetenversammlung verteidigt er den Abriß als "rechtlich völlig korrekt" und bestreitet, Eigentum der Betroffenen vernichtet zu haben: "Das waren doch nur verdreckte Kleider und verwahrlostes Mobiliar". Zum Abschluß seiner Rede formuliert er: "Nichts wäre aber verhängnisvoller, wenn wir [Minderheiten] einen Sonderstatus einräumen oder wenn wir Forderungen erfüllen würden, Minderheiten einen 'Freiraum' zu gewähren".

Die gegen die Roma eingenommene Stimmung heizt METZGER auch in der Folgezeit weiter auf. Im März 1984, ein Jahr vor der Kommunalwahl, verkündet er, daß ihm zu den Zigeunern nur noch "Lärm, Schmutz, Ärger und Handgreiflichkeiten" einfallen und wirft eine siebenköpfige Familie aus der Stadt. Diese Abschiebung wird vom Darmstädter Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt.

Von Günther METZGER darf man nach einem Urteil des OLG Frankfurt von 1985 sagen, daß er das seit 1945 schlimmste Beispiel für Rassismus geboten habe, daß er den Abriß des von Roma-Familien bewohnten Hauses mit genau den gleichen Vorwänden gerechtfertigt habe, mit denen in den dreißiger Jahren Juden und Zigeuner zu 'Volksschädlingen' abgestempelt worden sind und daß seine Berichte über den Zustand der Wohnungen in dem abgerissenen Haus mit Berichten in der nationalsozialistischen Zeitung 'Der Stürmer' vergleichbar seien.

1992: Eike Ebert, Bundestagsabgeordneter der SPD und Stadtverordnetenvorsteher, regt an, den Artikel 16 GG "so zu ändern, daß ein Rechtsanspruch auf Asyl nicht mehr besteht". Weil er sich "Sorgen um unser Land" und um die "Stabilität des Staates" macht, möchte er durch diese Maßnahme die Situation entspannen. Um die Rechtextremisten zu besänftigen, will er ihre Forderungen erfüllen:

"[...] Der Abstand der Parteiverdrossenheit und die erschreckende Bereitschaft, Rechtsparteien zu wählen, finden entscheidend Nahrung in der Verweigerung der Lösung des Asylproblems durch die Parteien. Nicht allein deshalb, sondern *weil es in der Tat empörend ist, wie der Großteil der unbegründet Asylbeantragenden die Bundesrepublik und ihre Bevölkerung ausnimmt*, müssen Bundestag und Bundesrat endlich handeln. Da die Parteiführungen offenbar nicht mehr in der Lage sind, Lösungen gemeinsam zu finden, sollten die Abgeordneten auf der Basis eines Gruppenantrages *dem Spuk ein Ende bereiten*. Hierfür schlage ich folgendes vor: Deutschland ist das einzige Land auf der Welt, das *gern* einen klagbaren Anspruch auf Asyl gewährt. Dies ist in einer verständlichen Reaktion auf die Erfahrungen der Nazi-Zeit *in deutschem Perfektionismus ins Grundgesetz so hineingeschrieben* den. Zusammen mit der Rechtswegegarantie und den Anspruch auf Sozialhilfe entsteht die gegenwärtig auf der Welt einmalige *Begünstigungssituation* für Nicht-Staatsangehörige, *die natürlich zum Mißbrauch weltweit einlädt*. Sie kann so im *Interesse des inneren Friedens unseres Landes*, aber auch *im Hinblick auf die finanzielle Lage Deutschlands* nicht durchgehalten werden. Sie wird völlig unhaltbar und explosiv für unser Land, wenn die politisch motivierten oder in der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Länder begründeten Wanderungsbewegungen so wie bisher weiter zunehmen. *In dieser Form war das Asylrecht von den Vätern des Grundgesetzes auch politisch nicht gewollt*. Eine praktische Lösung ist nur dann erreichbar, wenn wir die Asylgewährung *auf das Maß zurückfahren* und die Flexibilität sicherstellen, die andere europäische Länder mit hohem Menschenrechtsstandard wie Schweden, die Schweiz, England und andere aufweisen. Einer solchen Anpassung steht vor allem der Rechtsanspruch auf Asyl im Wege. Ich schlage deshalb vor, Artikel 16 Absatz 2 GG wie folgt neu zu fassen: 'Politisch Verfolgte genießen Asyl. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz'. *Die Asylgewährung wäre damit auf eine Form des Verwaltungshandelns reduziert, die Klagemöglichkeiten nur noch in Randbereichen zulassen würde.*"



Zu diesen Aussagen und ihrer sprachlichen Form gibt es trotz massiver öffentlicher Kritik keinen Widerspruch von der Parteiführung der SPD in Darmstadt.

Daß Günther METZGER, einer der Hauptakteure in dieser Chronik, auf dieser Kundgebung gegen Ausländerfeindlichkeit reden darf, ist ein Skandal. Der Oberbürgermeister hat aktiv gezeigt, daß er nicht tolerant mit Menschen umgehen kann, die für ihn fremde Werte und Lebensformen vertreten. Dies zeigt nicht nur die Vertreibung der Roma, sondern auch seine feindselige Einstellung zum Bauwagenlager in der Helfmannstraße. Günther METZGER hat das im Stil der 'Nationalzeitung' verfaßte Plädoyer gegen das Grundrecht auf Asyl seines Parteigenossen EBERT unwidersprochen hingenommen und tritt selbst dafür ein, daß in der BRD weniger 'Fremde' aufgenommen werden. Wie alle anderen, die die die Abschaffung des Asylrechts fordern, signalisiert er damit, daß die Flüchtlinge an den wirtschaftlichen und sozialen Problemen in unserem Land Schuld hätten und bestärkt so die Rechtsextremisten in ihrem Handeln. Das erneute Aufblühen des Rechtsextremismus ist gefördert worden durch die Politik der vergangenen Jahre, an der in Darmstadt METZGER und seine SPD wesentlich beteiligt waren. Diese Politik muß beendet werden, damit der Rechtsextremismus zurückgedrängt werden kann.

Günther METZGER wird heute die Gelegenheit gegeben, sich den Kragen weiß zu waschen und seine Fremdenfeindlichkeit verursachende Politik 'salonfähig' zu machen, z.B für den anstehenden Wahlkampf. Dem Wolf wird von den Schafen des P.E.N.-Club ein weißer Pelz übergeworfen, mit dem er sich weiter an die Spitze der Herde stellen kann, um sie zu den anderen Wölfen zu führen.

Beim Aufbau des notwendigen breiten Konsens gegen Rechtsextremismus und Rassismus dürfen wir uns nicht vor lauter Angst und Hilflosigkeit mit Lippenbekenntnissen gegen Fremdenfeindlichkeit zufrieden geben. Bündnispartner müssen nach ihren Werten beurteilt und an ihrem Handeln gemessen werden.

Solange sich Günther METZGER nicht von den fremdenfeindlichen Handlungen seiner politischen Vergangenheit distanziert und bei den Opfern entschuldigt und solange er nicht für die Erhaltung des Asylrechts eintritt, ist er als Bündnispartner gegen Rechtsextremismus untragbar und als Oberbürgermeister unerträglich.